

1 **St-04**
2 **Antragsteller: UB Köln**
3
4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
5
6 **Mehr Gerechtigkeit – Für eine sozialdemokratische**
7 **Offensive in der Steuerpolitik**
8
9 Angesichts einer sich zunehmend öffnenden Schere
10 zwischen arm und reich bei deutlich abnehmender
11 Steuerlast der hohen Einkommen und Vermögen und
12 angesichts dringend notwendiger Investitionen in die
13 öffentliche Infrastruktur und Daseinsvorsorge ist die
14 SPD in besonderer Weise gefordert, für einen starken
15 und finanziell handlungsfähigen Staat und für mehr
16 Steuerehrlichkeit und Steuergerechtigkeit einzutreten.
17 Nur so entstünde Spielraum für die Entlastung kleiner
18 und wirklich mittlerer Einkommen, die sie am Ende
19 nicht über staatliche Leistungseinschränkungen selber
20 finanzieren müssten. Der Staat nimmt von den Vielen
21 zu viel und von den Wenigen zu wenig an Steuern ein.
22 Ein Land, in dem Einkommen und Vermögen sich auf
23 einen zunehmend kleiner werden Teil der Gesellschaft
24 konzentrieren und in dem 5 Prozent so viel besitzen wie
25 die übrigen 95 Prozent, gefährdet auf Dauer das Zusammenleben
26 aller. Diesen Trend wollen wir stoppen und umkehren. Wir wollen
27 auch steuerpolitisch die Partei der sozialen Gerechtigkeit und die
28 Interessenvertretung der Vielen sein.
29
30 Der Landesparteitag fordert den Parteivorstand auf, unter
31 Einbeziehung der nachfolgenden Forderungen zeitnah ein Konzept
32 für eine öffentlichkeitswirksame steuerpolitische Offensive auf
33 nationaler und internationaler Ebene vorzulegen. Das Ziel ist, die
34 mit den notwendigen Einnahmen der öffentlichen Hand und der
35 Stärkung der staatlichen Handlungsfähigkeit verbundenen
36 finanziellen Lasten gerecht zu verteilen. Dafür müssen Steuertrickserien
37 und Steuerbetrug wirksam bekämpft, steuerliche Privilegien für
38 hohe Vermögen und Einkommen abgebaut und kleine und mittlere
39 Einkommen – und nur die – wirksam entlastet werden.
40
41
42
43 **Bekämpfung von Steuertrickserie, Steuerbetrug und**
44 **Steuerraub**
45
46 Staatseinnahmen sind nur dann gerecht, wenn sie angemessen an
47 der Finanzierung des Staates beteiligen. Das ist so lange nicht der
48 Fall, wie besonders vermögende Personen und global agierende
49 Unternehmen in der Lage sind, Steuern durch trickreiches Ausnutzen
50 von Schlupflöchern bis hin zum Betrug oder gar der Plünderung
51 öffentlicher Kassen zu umschiffen.
52
53
54 Dass Steuerräuber allein in den letzten Jahren Steuern nicht nur
55 hinterzogen, sondern die öffentlichen Kassen durch Rückerstattung
56 von zig Milliarden Euro gar nicht gezahlter Steuern geplündert
57 haben, ist ein Skandal, der nicht länger hinnehmbar ist, auch weil
58 es die Steuermoral der ehrlichen Arbeitnehmer und Unternehmer un-

Empfehlung der Antragskommission: Erledigt

Erledigt durch Annahme von L-03

60 tergräbt. Deshalb steht die Bekämpfung dieser teils krimi-
61 nellen Machenschaften im Zentrum der Offensive,
62 die u.a. folgende Maßnahmen vorsieht:

63

64 **Schlupflöcher vermeiden, bestehende Schlupflöcher**
65 **schneller schließen**

66

- 67 • Automatischer Informationsaustausch zu Kapital-
68 erträgen zwischen Banken und Finanzbehörden
69 auch im Inland wie das bei Lohn- und Gehaltsüber-
70 weisungen selbstverständlich ist.
- 71 • Gesetzliche Regelungen gegen Gewinnverschie-
72 bung über Lizenzgebühren bei der Gewinnermitt-
73 lung durch eine dauerhaft wirksame Lizenzschran-
74 ke
- 75 • Konsequente Aufarbeitung von Versäumnissen bei
76 der Bekämpfung von Steuerflucht (z.B. Cum/Ex-Ge-
77 schäfte); Meldepflicht für Steuersparmodelle
- 78 • Öffentliche Darstellung der globalen Verteilung
79 von Umsätzen, Gewinnen und Steuern internatio-
80 nal agierender Unternehmen (Country-by-Country-
81 Reporting)
- 82 • Ausweis der Beteiligung externer Experten bei der
83 Formulierung von Gesetzen und Gesetzesauslegun-
84 gen (Footprints)
- 85 • Prüfung steuerlicher Ausnahmetatbestände auf
86 Missbrauchsentwicklung
- 87 • Schaffung einer gemeinsamen EU-weiten Bemess-
88 ungsgrundlage für die Unternehmenssteuern

89

90 **Transparenz und Ermittlungsmöglichkeiten verbessern**

91

- 92 • Klarstellung, auch künftig auf Steuer-CDs und an-
93 dere Insider-Informationen zurückzugreifen.
- 94 • Einführung bundeseinheitlicher Standards (insbe-
95 sondere in Bezug auf die Prüfungsdichte) für Steu-
96 erprüfung und – fahndung.
- 97 • Personelle Verstärkung der Aufklärungseinheiten in
98 der Finanzverwaltung.
- 99 • Nachbesserung des Gesetzes zur Einführung nicht
100 manipulierbarer Registrierkassen.
- 101 • Verbesserung der Kooperation zwischen Steuerbe-
102 hörden und Finanzaufsicht und Ausstattung der Ba-
103 Fin mit staatsanwaltschaftlichen Kompetenzen.
- 104 • Aufbau eines europäischen Transparenzregisters
105 zur Erfassung von Offshore-Niederlassungen (Brief-
106 kastenfirmen).
- 107 • Verbesserung der Zusammenarbeit von nationalen
108 Steuerbehörden mit OLAF, Europol und Interpol.
- 109 • Whistleblower gesetzlich schützen, die einen nach-
110 weislichen Betrug an der Allgemeinheit offenbaren.

111

112 **Wirkungsvollere Sanktionen bei Gesetzesverstößen**

113

- 114 • Abschaffung der Möglichkeit, durch Selbstanzeige
115 Strafminderung zu erreichen, keine Privilegierung
116 von Betrugsdelikten im Steuerbereich.
- 117 • Einführung eines Unternehmensstrafrechts zur

118 wirksameren Sanktionierung von Beihilfe zu
119 Steuerstraftaten

120

121 **Herstellung von mehr Steuergerechtigkeit**

122

123 Angesichts hoher und weiter steigender Unterneh-
124 mensgewinne und Spitzeneinkommen brauchen wir ei-
125 ne Korrektur der Steuerbelastung, indem die seit Jahr-
126 zehnten andauernde Umverteilung von unten nach
127 oben gestoppt und wieder dem Leitsatz Rechnung ge-
128 tragen wird, dass starke Schultern mehr tragen müs-
129 sen als schwache. Die SPD hat vor 15 Jahren die größ-
130 te Einkommensteuersenkung und die größte Körper-
131 schaftssteuersenkung in der Geschichte der Bundes-
132 republik vollzogen. Dadurch wurden alle Einkommen-
133 steuerzahler entlastet. Besonders profitiert davon ha-
134 ben allerdings die Großverdiener. Es ist höchste Zeit für
135 eine Korrektur, die den Erfordernissen einer dynami-
136 schen Wirtschaft ebenso Rechnung trägt wie der Siche-
137 rung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Si-
138 cherung und Verbesserung der staatlichen Handlungs-
139 fähigkeit. Dabei geht es – gemessen an der konservativ-
140 liberalen Steuerpolitik der neunziger Jahre – nicht um
141 Steuererhöhungen, sondern um die notwendige Neu-
142 justierung der Steuersenkungen der rot-grünen Regie-
143 rung von 1998 – 2005 hin zu einer weiteren Entlas-
144 tung kleiner und mittlerer Einkommen sowie um die
145 Rücknahme der zum Teil exorbitanten Besserstellung
146 von hohem Vermögen und Einkommen. Das wollen wir
147 durch folgende Maßnahmen im Bereich der Substanz-,
148 Einkommen- und Ertragsteuern und der Umsatzsteuer
149 erreichen.

150

151 **Substanzsteuern**

152

- 153 • Die Vermögensteuer soll wieder aktiviert werden,
154 ab einer Million Euro Vermögen für Singles greifen
155 und 1% betragen.
- 156 • Bei der Erbschaftsteuer sollen alle Vermögens-
157 arten gleich (keine Privilegierung bei Unterneh-
158 menserbtschaften) behandelt werden. Hohe Frei-
159 beträge sorgen dafür, dass die überwiegende
160 Mehrheit der Menschen auch künftig nicht von der
161 Erbschaftsteuer betroffen sein wird. Wenn bei der
162 Unternehmensvererbung durch eine sofortige Fäl-
163 ligkeit Arbeitsplätze gefährdet werden, sollen die
164 Zahlungsmodalitäten so ausgestaltet werden, dass
165 das Unternehmen in seiner Existenz und Wettbe-
166 werbsfähigkeit nicht gefährdet ist.
- 167 • Die Nutzung des Freibetrages bei Schenkung oder
168 Erbschaft soll nur noch einmalig möglich sein.
- 169 • Langfristig ist die bisherige Grundsteuer durch eine
170 nicht auf die Mieter umlegbare Bodenwertsteuer zu
171 ersetzen.
- 172 • Zahlung der Grunderwerbssteuer anteilig zum Ei-
173 gentumstitel zur Ausschaltung des Privilegs der
174 share deals.

175

176
177
178
179
180
181
182
183
184
185
186
187
188
189
190
191
192
193
194
195
196
197
198
199
200
201
202
203
204
205
206
207
208
209
210
211
212
213
214
215
216
217
218
219
220
221
222
223
224
225
226
227
228
229
230
231
232
233

Einkommen- und Ertragsteuern

- Im Mittelpunkt von Gesetzgebung und Kommunikation soll zukünftig der Durchschnittssteuersatz stehen. Die Begriffe Grenz- und Spitzensteuersatz haben sich als hochgradig missverständlich erwiesen und sind zum Werkzeug von Lobbygruppen degeneriert, die damit weit höhere Steuerbelastungen als die tatsächlichen oder angestrebten suggerieren. (Beispiel: Ein Single mit 60.000 Euro zu versteuerndem Einkommen zahlt derzeit den Grenz- und Spitzensteuersatz von 42 Prozent, sein Steuersatz auf das zu versteuernde Einkommen beträgt jedoch 27,6 Prozent.)
- Erhöhung des Grundfreibetrags auf 12.000/24.000 Euro für Singles/Verheiratete. Damit werden Haushaltseinkommen bis zu 1.000 Euro pro Partner steuerfrei gestellt. Im Bereich mittlerer Einkommen bis 24.000 Euro pro Partner sollen ebenfalls pro Partner bis zu 600 Euro entlastet werden. Die Steuern auf Einkommen bis zu 36.000 Euro pro Partner sollen um je 300 Euro sinken. Damit wird die Steuerersparnis auch nach der Umstellung des Ehegattensplittings auf einen Familientarif für alle Paare mit weniger als 40.000 Euro Einkommensunterschied zwischen den Partnern doppelt so hoch ausfallen wie für Singles. Darüber hinaus sorgt ein Kinderbonus für eine zusätzliche Entlastung von Alleinerziehenden und Paaren. Die schon im Bundestagswahlprogramm enthaltene Ankündigung fördert Haushalte mit Kindern und die ausgeglichene Beteiligung beider Partner an der Erwerbstätigkeit. Ab 120.000 Euro zu versteuerndem Einkommen eines verheirateten Paares (betrifft weniger als 10% der Steuerpflichtigen) soll der Steuersatz moderat ansteigen über die bisher geltenden 27,6 Prozent hinaus. Bei etwa 500.000 Euro pro Paar soll der Durchschnittssteuersatz von 40,7 auf 43 Prozent, bei 1.000.000 Euro von 44 auf 47 Prozent ansteigen. Der höchstmögliche Steuersatz ist 49% statt bisher knapp 47,5 Prozent. Ein zusätzlicher Solidaritätsbeitrag würde dann nicht mehr erhoben.
- Die steuerliche Ungleichbehandlung von Einzel- und Personenunternehmen gegenüber Kapitalgesellschaften wird beseitigt.
- Die steuerliche Absetzbarkeit von Spenden erfolgt zukünftig auf Grundlage eines festen Prozentsatzes der gespendeten Summe und nicht weiter in einer Weise, die mit steigendem Einkommen zu steigenden staatlichen Zuschüssen führt. Grundsätzlich sollte dies für alle steuerlichen Anreize gelten.
- Die Versteuerung von Kapitalerträgen erfolgt zukünftig wieder mit der Einkommensteuer und nicht mehr mit der bisherigen niedrigeren pauschalen Abgeltungssteuer.
- Gewährleistung einer fairen Unternehmensbesteuerung am Ort der Wertschöpfung im Rahmen

- 234 der national geltenden Steuersätze. Dies gilt insbe-
235 sondere für Unternehmen der Digitalwirtschaft.
236 • Die steuerliche Absetzbarkeit von Managerbezü-
237 gen wird auf das 15-fache des Durchschnittsge-
238 haltes (Betriebliche Vollzeitkraft) im Unterneh-
239 men/Konzern begrenzt.
240 • Das Ehegattensplitting werden wir durch einen Fa-
241 milientarif mit Kinderbonus ersetzen (s. Wahlpro-
242 gramm zur Bundestagswahl 2017), wobei der Split-
243 tingvorteil auf 7.000 Euro gedeckelt wird.
244 • Jedes Kind ist gleich viel wert, der bisherige steuer-
245 lich ungerechte Kinderfreibetrag wird abgeschafft,
246 das Kindergeld durch eine Kindergrundsicherung
247 ersetzt.

248

249 **Umsatzsteuer und andere Steuern**

250

- 251 • Einführung eines Mehrwertsteuer-Bonus in Form
252 einer jährlichen Auszahlung an alle, die Geringver-
253 dienern in Gänze zu Gute käme, während Besserver-
254 dienende sie versteuern müssten.
255 • Einführung einer CO₂-Steuer auf alle fossilen
256 Brennstoffe als Beitrag zum Klimawandel und zur
257 Förderung regenerativer Energien, wobei durch
258 eine jährliche Auszahlung eines Betrages (analog
259 zum Mehrwertsteuer-Bonus) ein Öko-Bonus ent-
260 stünde. Die Einnahmen sollen genutzt werden, die
261 Belastungen der geringen Einkommen durch diese
262 Steuer auszugleichen.
263 • Einführung einer Banktransaktionssteuer, die aus-
264 nahmslos alle unbaren Zahlungsvorgänge mit ei-
265 nem sehr niedrigen Steuersatz belegt, sodass auf
266 10.000 Euro Umsatz maximal 1 Euro Steuern anfällt.
267 Dadurch wird der Hochfrequenzhandel empfindlich
268 getroffen. Die Einführung erfolgt national, wobei ei-
269 ne europäische Lösung angestrebt wird.

270

271

272 **Begründung**

273 Täglich erfahren wir durch die Recherchen unabhän-
274 giger Medien, wie weltweit Steuerbetrug, Steuer-
275 trickereien aber auch legale Methoden der Steuer-
276 vermeidung dazu führen, dass dem deutschen Fiskus
277 dringend benötigte Einnahmen entgehen; und wir
278 erfahren, dass Spitzenmanager im aktiven Berufsleben
279 oder als Pensionäre unvertretbar hohe Einkommen
280 beziehen. Während die Unternehmensgewinne spru-
281 deln und die Arbeitslosenquote – statistisch gesehen
282 – auf einem Tiefstand ist, verfällt die Infrastruktur
283 und die soziale Versorgung. In einem reichen Land
284 wie Deutschland bröckeln Brücken, sind viele Schulen
285 in einem unwürdigen Zustand, und viele – vor allem
286 ländliche – Räume sind von Mobilfunk und Internet
287 abgeschnitten. Und: eine wachsende Anzahl von
288 Menschen kann von ihrem Einkommen nicht leben.
289 Auch wenn die Wirtschaftsdaten für Deutschland ein
290 positives Bild zeichnen, dürfen wir nicht ignorieren,
291 dass arm und reich immer weiter auseinander driften

292 und der gesellschaftliche Zusammenhalt zunehmend
293 verloren geht. Immer mehr Menschen sorgen sich um
294 die Zukunft ihrer Kinder, haben Angst vor dem Verlust
295 ihres bescheidenen Wohlstands oder vor dem Fall in
296 die Armut. Und für viel zu viele ist dieser Zustand
297 schon bittere Realität. Menschen wollen in Zeiten eines
298 immer schnelleren Wandels für sich und ihre Kinder
299 ein Mindestmaß an Sicherheit, was Arbeit, Mieten, ein
300 würdiges Leben im Alter und in Notlagen angeht. Das
301 erfordert einen handlungsfähigen Staat und gelingt
302 nicht mit entfesselten Märkten. Nur ein Gemeinwe-
303 sen, das über die notwendigen Gelder verfügt, um
304 in Bildung, Infrastruktur, Gesundheit, Integration,
305 Armutsbekämpfung, Sicherheit und Zusammenhalt
306 zu investieren, bietet auch die Gewähr dafür, dass
307 die Menschen nicht den Parolen der Rechtsradikalen
308 auf den Leim gehen, die in der Geschichte unseres
309 Landes immer nur Not und Elend hinterlassen haben –
310 besonders für die sogenannten kleinen Leute. Zu oft hat
311 die SPD sich dem Druck von Konzernen und mächtigen
312 Interessengruppen und von Koalitionen zulasten der
313 Klein- und Mittelverdiener gebeugt. Das werden wir
314 ändern.